

Antrag

auf Annahme von gesetzlichen oder gesetzlich zugelassenen Zahlungsmitteln zur Hinterlegung bei dem Amtsgericht – Hinterlegungsstelle –

1. A) Antragstellung durch natürliche Personen:
 - a) Vorname, Nachname, Anschrift, ggf. z. B. Geburtsdatum und andere den Hinterleger deutlich kennzeichnende Merkmale
 - b) Bei Hinterlegung durch eine Vertreterin/einen Vertreter ebenfalls: Vorname, Nachname, Anschrift, ggf. z. B. Geburtsdatum
1. B) Antragstellung durch juristische Personen oder Handelsgesellschaften: Name oder Firma, Anschrift und gesetzliche Vertreter, sowie ggf. die Handelsregisternummer und Sitz des Amtsgerichts zu

2. Betrag

_____ EUR – in Buchstaben: _____
_____ Euro –

3. a) Bestimmte Angaben der Tatsachen, welche die Hinterlegung rechtfertigen, insbesondere Bezeichnung der Sache, der Behörde oder des Gerichts und der Geschäftsnummer, wenn die Angelegenheit, in der hinterlegt wird, bei einer Behörde oder einem Gericht anhängig ist
- b) Bezeichnung der dem Antrag beigefügten Schriftstücke

4. Bezeichnung der Personen, die als Empfangsberechtigte für den hinterlegten Betrag in Betracht kommen, nach Namen, Vornamen, Anschrift, Geburtsdatum und bei Hinterlegung zugunsten der unbekannteren Erbinnen bzw. Erben einer bestimmten Erblasserin bzw. eines Erblassers deren bzw. dessen, Vorname, Name, Geburtsdatum, letzte Wohnanschrift und das Sterbedatum

5. Falls zur Befreiung der Schuldnerin bzw. des Schuldners von ihrer bzw. seiner Verbindlichkeit hinterlegt wird:
- Angabe, warum die Schuldnerin bzw. der Schuldner ihre bzw. seine Verbindlichkeit nicht oder nicht mit Sicherheit erfüllen kann,
 - Angabe der etwaigen Gegenleistung, von deren Bewirkung das Recht der bzw. des in Nr. 4 bezeichneten Gläubigerin bzw. Gläubigers zum Empfang des hinterlegten Betrages abhängig gemacht wird,
 - Angabe, ob auf das Recht der Rücknahme verzichtet wird.

.....
(Ort und Tag)

.....
(Unterschrift)

Annahmeanordnung

1. EUR – i. B.:
..... Euro –
sind – als neue Masse – zum dortigen Geldhinterlegungsbuch als Hinterlegung anzunehmen. Die Antragstellerin bzw. der Antragsteller ist aufgefordert worden, den Betrag bis zum einzuzahlen. Wird nicht innerhalb der Frist eingezahlt, so ist die Annahmeanordnung an die Hinterlegungsstelle zurückzugeben.
2. Nachricht (HS 5) an Antragstellerin/Vertreterin/Antragsteller/Vertreter
3. An die Zentrale Zahlstelle Justiz (ZZJ)

Amtsgericht – Hinterlegungsstelle –

.....
(Ort und Tag)

.....
Rechtspfleger/in
(Name, Amtsbezeichnung)

Zahlstelle/ Zentrale Zahlstelle Justiz (ZZJ)	Einzahlungstag:	Quittung
	GHB Nr.:	
	(Dienststempel) (Kassierer/in)